

# Europas Interessen in Zentralafrika

## Die Mission „Eufor RD Congo“

Daniel Göler\*

» Der EU-Militäreinsatz im Kongo ist heftig umstritten, vor allem auf deutscher, nicht auf französischer Seite. Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass hier wichtige europäische Sicherheitsinteressen auf dem Spiel stehen, die ein Engagement zur Absicherung der Wahlen rechtfertigen.

Während Frankreich auf dem afrikanischen Kontinent schon immer einen besonderen Schwerpunkt seiner Außen- und Sicherheitspolitik sah und sich dort in den letzten Jahrzehnten auch immer wieder militärisch engagierte,<sup>1</sup> lagen entsprechende Einsätze der Bundeswehr lange Zeit außerhalb des Denkbaren. Diese Divergenzen traten deutlich zutage, als der damalige deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle im Juli 1994 eine französische Initiative zur möglichen Beteiligung des neu geschaffenen Eurokorps an friedenssichernden Maßnahmen in Afrika brüsk mit den Worten zurückwies, das Eurokorps sei kein Afrikakorps.<sup>2</sup> Innerhalb von gut zehn Jahren hat sich hier jedoch ein Wandel vollzogen. Afrika, genauer der Teil südlich der Sahara, wird mittlerweile auch von deutscher Seite als eine Schwerpunktregion europäischer Außen- und Sicherheitspolitik betrachtet, in der robuste Militärmissionen nicht mehr ausgeschlossen werden. So wurde der erste autonome EU-Militäreinsatz außerhalb Europas, an dem sich auch die Bundesrepublik mit Transportflugzeugen und Staboffizieren beteiligte, 2003 im Ost-Kongo durchgeführt („Operation Artemis“). In diese Entwicklung reiht sich die nun für Sommer 2006 geplante Mission „Eufor RD Congo“ zur Absicherung der kongolesischen Parlaments- und Präsidentenwahlen ein, die unter deutscher Führung stehen wird. Allerdings ist diese zuneh-

mende Bereitschaft, in Afrika militärische Verantwortung zu übernehmen, in Deutschland keineswegs unumstritten. Denn nicht nur in der Öffentlichkeit und von den Oppositionsparteien,<sup>3</sup> sondern auch aus den Reihen der Regierungskoalition<sup>4</sup> sowie von der Bundeswehr wird an den aktuellen Planungen heftige Kritik geübt,<sup>5</sup> die sich in der Frage zusammenfassen lässt: Was sollen Deutschland und die EU eigentlich im Kongo?

### Europäische Interessen im Kongo und bisherige Aktivitäten

Um beantworten zu können, warum die EU sich militärisch im Kongo engagieren soll, gilt es zunächst zu fragen, welche europäischen Interessen dort auf dem Spiel stehen. Zwar ist es bei einem Staatenverbund von 25 Staaten schwierig, „die“ gemeinsamen Interessen zu identifizieren, allerdings verfügt die Europäische Union seit gut zweieinhalb Jahren über eine Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), welche die Grundlage für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und damit auch für mögliche Militäreinsätze darstellt. In der ESS werden fünf zentrale Bedrohungen für die europäische Sicherheit genannt: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, Scheitern

\* Dr. Daniel Göler ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik und Lehrbeauftragter an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder).

von Staaten und organisierte Kriminalität, wobei all diesen Bedrohungen gemeinsam ist, dass sie auch dann negative Auswirkungen auf Europa haben können, wenn sie in räumlich weit entfernten Regionen zu verorten sind. Geradezu als eine „Master-Bedrohung“ wird in der ESS das Scheitern von Staaten (so genannte ‘Failing States’) angeführt. Denn der Zusammenbruch staatlicher Strukturen führt dazu, dass terroristische und kriminelle Vereinigungen unkontrolliert agieren können. Auch werden regionale Konflikte kaum lösbar, weil man es mit einer Fülle nichtstaatlicher Kriegsparteien zu tun hat. Und auch die Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen wird deutlich schwieriger, wenn staatliche Ordnungsstrukturen in Ländern zusammengebrochen sind, die entweder über das entsprechende Know-how oder die für solche Waffen notwendigen Rohstoffe verfügen. Welche – auch überregionalen – Folgen von Failing States ausgehen können, haben in der Vergangenheit Beispiele wie Afghanistan oder Somalia deutlich gemacht.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Situation in der Demokratischen Republik Kongo zu sehen, wo die staatlichen Strukturen seit dem Ende des Mobutu-Regimes durch den jahrelangen Bürgerkrieg fast vollständig zusammengebrochen sind. Zusätzlich verkompliziert wurde die Situation dadurch, dass im Osten des Landes mit Ruanda und Uganda zwei externe Mächte in den Konflikt eingriffen, nicht zuletzt um Zugriff auf die dortigen Rohstoffvorkommen zu gewinnen.<sup>6</sup> Umgekehrt hatten die instabilen Verhältnisse im Ostkongo aber auch negative Rückwirkungen auf die Nachbarländer, so dass die Wiederherstellung staatlicher Strukturen im Kongo als Schlüssel für eine Stabilisierung der gesamten Region der großen Seen gewertet werden kann, der die Europäische Union in ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik besonderes Augenmerk zukommen lässt.<sup>7</sup> Und schließlich erhält die Situation im Kongo weitere Brisanz durch dessen Rohstoffreichtum: Zum einen stellen vor allem die Gold- und Diamantenvorkommen eine unkontrollierbare Finanzquelle für kriminelle und terroristische

Netzwerke dar und zum anderen sind die dortigen Beryllium- und Uranvorkommen selbst eine Gefahr, da sie zum Bau von Kernwaffen genutzt werden könnten. Eine fehlende staatliche Kontrolle dieser Vorkommen ist damit ein bedenkliches „Schlupfloch“ im internationalen Antiproliferationsnetzwerk.

Berücksichtigt man zu diesen sicherheitspolitischen Überlegungen noch die humanitäre Verantwortung, welche Europa als Wertegemeinschaft für die Eindämmung von Krieg und Vertreibung hat, sowie das europäische Eigeninteresse an einer Verringerung des Migrationsdrucks aus Zentralafrika, lässt sich konstatieren, dass die EU durchaus ein vitales Interesse am Wiederaufbau der dortigen staatlichen Strukturen hat. Da die ESS zudem explizit anführt, dass in „gescheiterten Staaten [...] militärische Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung [...] erforderlich sein“ können,

### „Die EU-Mission im Kongo steht in Übereinstimmung mit den strategischen Zielen europäischer Sicherheitspolitik.“

steht eine aktive Beteiligung europäischer Streitkräfte an dem Transformationsprozess in der Demokratischen Republik Kongo in Übereinstimmung mit den strategischen Zielsetzungen europäischer Sicherheitspolitik.

Bei der aktuellen Diskussion über die Mission „Euford RD Congo“ wird vielfach übersehen, dass die EU seit Jahren den von der UNO eingeleiteten Prozess der Stabilisierung und Befriedung des Kongo unterstützt. So hat sie seit 2002 im Rahmen verschiedener Programme 750 Millionen Euro für den Institutionenaufbau, die Armutsbekämpfung und makro-ökonomische Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht.<sup>8</sup> Auch trägt Europa einen erheblichen Teil der Kosten für die UN-Mission im Kongo (MONUC), an der im Übrigen 9 EU-Staaten – wenn auch nur mit Kleinstkontingenten – beteiligt sind.<sup>9</sup> Und im Juni 2003 griff die EU nach einer entsprechenden Anfrage des UN-Sicherheitsrates im Rahmen der Operation Artemis mit circa 1 400 Soldaten<sup>10</sup> in der ostkongoleisischen Ituri-Provinz ein, um die Lage zu stabilisieren, humanitäre Hilfe zu ermöglichen und die dortigen Flüchtlingslager vor Übergriffen zu schützen.<sup>11</sup> Der von Frankreich geführte Einsatz

endete Anfang September 2003 mit der Übergabe an die zwischenzeitlich verstärkten und mit einem robusteren Mandat ausgestatteten UN-Einheiten.<sup>12</sup> Darüber hinaus führt die Europäische Union seit 2005 zwei Missionen zum Aufbau eigener kongolesischer Sicherheitskräfte durch: Im Rahmen von „EUPOL Kinshasa“, der ersten zivilen Mission für Krisenmanagement der ESVP in Afrika, hilft die EU mit 30 Mann beim Aufbau einer integrierten kongolesischen Polizeieinheit (IPU)<sup>13</sup> und mit der Mission „EUSEC-R.D. Congo“ unterstützen europäische Experten die Sicherheitsreform der Demokratischen Republik Kongo in wichtigen Schlüsselstellungen der Verwaltung.<sup>14</sup> Und auch der aktuelle Wahlprozess, der eine wichtige – wenn nicht gar die wichtigste – Etappe zu einer dauerhaften Stabilisierung und zur Wiederherstellung staatlicher Ordnung sein könnte, wird von der EU massiv unterstützt, die mehr als die Hälfte der Kosten für den Wahlprozess übernommen<sup>15</sup> und zahlreiche Wahlbeobachter entsandt hat. Da die Europäische Union somit schon seit Jahren in der Demokratischen Republik Kongo engagiert ist und den (Wieder)-Aufbau staatlicher Strukturen unterstützt, ist die nun zur Absicherung der Wahlen in Kinshasa geplante Militärmission vor allem als Fortsetzung dieser bisherigen Aktivitäten im Rahmen des von den Vereinten Nationen unterstützten Transformationsprozesses und nicht als völlig neuer Ansatz in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu sehen.

## Hintergrund, Zusammenstellung und Umfang der EU-Mission

Vor dem Hintergrund der bisherigen Unterstützung der UN-Mission MONUC ist auch die Anfrage der Vereinten Nationen vom 27. Dezember 2005 zu sehen, ob die EU zur Absicherung der Wahlen Mitte 2006 ein begrenztes Truppenkontingent in die Region Kinshasa entsenden könnte, da die derzeit circa 16 700 Mann starke UN-Truppe überwiegend im Osten des Landes eingesetzt ist und damit nur begrenzte Kontingente zur Sicherung der Hauptstadt zur Verfügung stehen. Denn auch wenn die Sicherheitslage im Kongo

sich im letzten Jahr deutlich verbessert hat,<sup>16</sup> unterhalten die ehemaligen Bürgerkriegsparteien, die derzeit in der Übergangsregierung zusammenarbeiten, nach wie vor eigene Milizen.<sup>17</sup> Sollten einzelne Anführer die Wahlergebnisse nicht akzeptieren, könnte dies zu Unruhen führen, zumal die staatlichen Militär- und Polizeikräfte noch im Aufbau sind, weshalb die Zeit zwischen Parlamentswahl, Präsidentenwahl und Regierungsbildung von Sicherheitsexperten als überaus kritisch bewertet wird.<sup>18</sup> Sinn und Zweck der EU-Mission ist dabei nicht die Befriedigung des Kongo – dies wäre mit der angedachten personellen Ausstattung in den vorgesehenen vier Monaten auch nicht zu erreichen –, sondern eine temporäre Unterstützung der MONUC-Mission, wobei auch die Art der Unterstützung einen klaren Fokus hat. Denn die EU-Truppen sollen nicht, wie es vielfach suggeriert wird, umfassend die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Kongo garantieren; hierzu sind die UN-Truppen sowie die im Aufbau befindlichen kongolesischen Sicherheitskräfte verantwortlich. Primäres Ziel ist vielmehr, die politischen Anführer von einer Rückkehr zur Gewaltanwendung in der Hauptstadtregion abzuhalten und damit den seit Jahren von den Vereinten Nationen (und auch der EU etwa im Rahmen von EUPOL Kinshasa und EUSEC R.D. Kongo) geförderten Prozess des Wiederaufbaus staatlicher Strukturen in dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land in einem besonders kritischen Zeitpunkt zu unterstützen.

In Anbetracht der zuvor genannten sicherheitspolitischen Prioritäten und des bisherigen Engagements der EU bei dem Transformationsprozess war frühzeitig klar, dass die Anfrage der Vereinten Nationen nicht negativ beschieden werden konnte. Unklar blieb allerdings, wie die Organisation und Lastenverteilung auf europäischer Seite erfolgen sollte, weshalb sich die formale Entscheidung über Wochen hinzog.<sup>19</sup> Zwar hatte die Europäische Union Ende November 2004 den Aufbau von einem Dutzend so genannter Battle-Groups beschlossen, das heißt von Kampfverbänden mit circa 1 500 Mann, die nach dem Vorbild der Operation Artemis kurzfristig für zeitlich und räumlich streng begrenzte Missionen eingesetzt werden können. Allerdings werden diese Battle-Groups

ihre volle Einsatzbereitschaft erst im nächsten Jahr erreichen,<sup>20</sup> womit die EU vor der Aufgabe stand, eine Ad-hoc-Eingreiftruppe aufzubauen. Weil Großbritannien aufgrund seines Engagements in Afghanistan und im Irak aber nicht zur Übernahme der Leitung in der Lage war und Frankreich nach seiner Führungsrolle bei der Operation Artemis andere am Zuge sah, lief die Diskussion darauf hinaus, der Bundesrepublik die Verantwortung zu übertragen. Allerdings gab es auf deutscher Seite, vor allem bei Verteidigungsminister Jung, erhebliche Vorbehalte gegen eine von Deutschland geführte Mission, die sich in der Formulierung von fünf Bedingungen niederschlugen: der zeitlichen Beschränkung des Auftrags auf vier Monate, der örtlichen Begrenzung auf Kinshasa, der Zustimmung der kongolesischen Übergangsregierung, der Erteilung eines UN-Mandats und einer umfassenden Beteiligung anderer europäischer Staaten.<sup>21</sup> Insbesondere Letzteres wurde von deutscher Seite immer wieder problematisiert, da die Bundesregierung allenfalls einen Teil, nicht aber die alleinige Last eines solchen Einsatzes tragen wollte.

Im Ergebnis stellt Deutschland nun 500 Einsatz- sowie 280 Unterstützungskräfte für die – inklusive Nachschub- und Versorgungseinheiten – circa 2 000 Mann starke EU-Truppe und das Einsatzführungskommando in Potsdam zur Planung des Gesamteinsatzes. Frankreich wird ein ähnlich großes Kontingent sowie das Hauptquartier vor Ort bereitstellen. Der restliche Teil rekrutiert sich aus anderen EU-Staaten, wobei die Bundesregierung Wert darauf legte, dass auch die Einsatzführung in Potsdam möglichst multinational zusammengesetzt ist, um den europäischen Charakter der Mission zu unterstreichen. Bei der Durchführung des Einsatzes wird der Großteil der Truppe nicht im Kongo selbst, sondern im benachbarten Gabun und auf Schiffen stationiert sein; lediglich im Bedarfsfall würden diese Kräfte zur Verstärkung herangeführt. Nach Kinshasa selbst sollen nach jetzigem Stand der Dinge nur 450 Mann entsandt werden. Trotz des sehr bescheidenen Umfangs der meisten nationalen Kontingente und der vorwiegenden Stationierung außerhalb des Kongo gab es bei der Zusammenstellung der Mission jedoch weitere Verzögerungen, was inso-

weit problematisch ist, als hierdurch nach außen der Eindruck entstand, Europa würde den Einsatz lediglich mit halbem Engagement angehen und die von den Vereinten Nationen erbetenen Truppen nur mit Mühe und Not zusammenbringen.

## Was kann die EU-Mission leisten?

Angesichts der begrenzten Präsenz vor Ort wird in der Debatte über die Mission „Eufor RD Congo“ der Vorwurf erhoben, mit einer symbolischen Aktion europäische Handlungsfähigkeit demonstrieren zu wollen und hierfür Leib und Leben der Soldaten zu gefährden. Diese Kritik greift jedoch insoweit zu kurz, als sie an der Zielsetzung des Einsatzes vorbeigeht, der – wie bereits dargelegt – nicht die Stabilität in Kinshasa oder gar im gesamten Kongo herstellen soll, sondern eine temporäre und lokale Unterstützung der dort seit Jahren durchgeführten und von der EU unterstützten UN-Mission bezweckt. Hierzu können die europäischen Verbände auch in dem vorgesehenen begrenzten Umfang einen wichtigen Beitrag leisten: Zum einen zeigen sie den politischen Führern, dass Europa sich an der Seite der Vereinten Nationen für den Transformationsprozess einsetzt, und zum anderen haben die gut ausgebildeten europäischen Truppen auf potenzielle „Umstürzler“ beziehungsweise die verschiedenen Privatarmeen eine nicht zu unterschätzende Abschreckungswirkung. Zwar reichen die europäischen Verbände nicht aus, größere Gebiete zu kontrollieren; die Truppen der Vereinten Nationen sowie die schon bestehenden kongolesischen Sicherheitskräfte bei einer möglichen „Rebellion“ einzelner Milizen effektiv zu unterstützen und diesen auch empfindliche Schläge zu versetzen, wären die europäischen Einheiten aber durchaus in der Lage. Oder wie es der Kommandeur der EU-Truppe, der deutsche Generalleutnant Karlheinz Vierreck, ausdrückt: „Wenn wir mit auch nur wenigen gut ausgebildeten Soldaten reingehen, dann sind wir eine Macht.“<sup>22</sup> Damit wird sich aber jeder Miliz-Anführer mehr als einmal überlegen, ob er dieses Risiko in Kauf nimmt und im Falle einer Wahlniederlage einen „Marsch auf Kinshasa“ riskiert. Und genau hierin liegt der

wirkliche Mehrwert des Einsatzes der EU zur Verstärkung der UN-Mission.

Kritisch anzumerken bleibt allerdings, dass eine solche Abschreckung nur dann funktionieren kann, wenn die Drohung auch glaubhaft vermittelt wird. Das wochenlange Hickhack um die Leitung des Einsatzes und das Zusammenbringen der Truppenkontingente, die gerade von deutscher Seite an den Tag gelegte Zögerlichkeit (und wiederholte Infragestellung des Einsatzes auch aus den Reihen der Regierungskoalition), die bei den europäischen Partnern zu zunehmendem Unverständnis führte,<sup>23</sup> sowie die Betonung der engen zeitlichen Befristung und die fehlende Bereitschaft, im Ernstfall weitere Verbände „nachzuschicken“, waren insoweit kontraproduktiv und haben die Abschreckungswirkung unnötigerweise verwässert. Hier wird die EU Verfahren finden müssen, ähnliche Verbände in Zukunft reibungs- und geräuschloser aufzustellen, wobei das oben genannte Konzept der Battle-Groups, wenn diese denn einsatzfähig sind, Verbesserung versprechen könnte.

Was die europäischen Truppen nicht leisten könnten, wäre im Falle eines neuen Aufbrechens des Bürgerkrieges (in einer Situation jeder gegen jeden), die Streitparteien mit Waffengewalt voneinander zu trennen. Dies würde ein Vielfaches der bisher im Kongo schon stationierten knapp 17 000 UN-Soldaten und ein jahrelanges Engagement erfordern. In einer solchen Notlage bliebe der EU-Truppe wohl kaum mehr als die Evakuierung der Wahlbeobachter und Angehörigen anderer ziviler Missionen sowie der westlichen Staatsbürger. Allerdings ist ein solches Szenario – das in den Planungen als Rückfalloption durchaus eine Rolle spielt und für das die vorgesehene Sicherung des Flughafens in Kinshasa ein wichtiger Baustein wäre<sup>24</sup> – zur Zeit eher unwahrscheinlich. Denn trotz aller Probleme hat der Friedensprozess in den vergangenen Jahren solche Fortschritte gemacht, dass die begründete Hoffnung auf eine weitere Stabilisierung der Lage nach den Wahlen besteht. Hielte man eine solch positive Einschätzung für verfehlt, wäre in der Tat von der Mission abzuzurten. Allerdings würde sich dann die Frage stellen,

**„Abschreckung kann nur funktionieren, wenn sie glaubhaft vermittelt wird.“**

weshalb man sich von europäischer Seite überhaupt in den letzten Jahren so intensiv im Kongo engagiert hat. Denn der gesamte Transformationsprozess baut darauf auf, dass die Staatengemeinschaft zwar durch massives (auch militärisches) Engagement bei der Auflösung der Milizen und der Beendigung des Bürgerkrieges hilft; die „Hauptarbeit“ muss jedoch von den politischen Kräften des Kongo selbst mit dem Ziel der Etablierung demokratischer Strukturen geleistet werden. Auch wenn an der Erreichbarkeit dieses Ziels Zweifel angebracht sein mögen, machen die potenziellen Alternativen – die Errichtung eines dauerhaften Protektorats oder der Rückfall in den Bürgerkrieg – deutlich, dass an einem gewissen Vertrauen in die Bereitschaft der Bevölkerung und der politischen Führer vor Ort kein Weg vorbeiführt. Auch käme ein Abrücken von der bisherigen

Friedensstrategie unmittelbar vor den Wahlen, die einen vorläufigen Abschluss des seit Jahren andauernden Transformationsprozesses bilden sollen, reichlich spät, zumal gerade bei längerfristigen Friedensprozessen ein gewisses Maß an Ver-

lässlichkeit und Konstanz der Staatengemeinschaft und damit auch der Europäischen Union unverzichtbar ist.

Aber auch wenn man die weitere Entwicklung im Kongo positiv bewertet und die Einschätzung teilt, dass die Wahlen eine wichtige Etappe im dortigen Transformationsprozess sind und die EU deshalb der Bitte der Vereinten Nationen entsprechen sollte, bleibt kritisch anzumerken, dass die Mission „Eufor RD Congo“ nicht nur auf den „Worst-case“ eines wiederaufflammenden Bürgerkriegs, sondern auch auf die vielen Graustufen zwischen einem solchen Negativszenario und einer friedlichen Wahl kaum vorbereitet ist. Besonders problematisch ist hierbei die „Exit-Strategie“, die momentan einzig und allein darauf ausgerichtet ist, dass der Regierungsbildungsprozess samt erforderlichen Stichwahlen binnen vier Monaten abgeschlossen ist. Vor dem Hintergrund des schon mehrfach verschobenen Wahltermins und angesichts der Tatsache, dass es sich um die ersten freien Wahlen seit der Unabhängigkeit handelt und alle Beteiligten sich damit in einer für sie unge-



wohnten Situation befinden, könnte dieser Zeitplan schon in einem stabilen sicherheitspolitischen Umfeld durcheinander geraten, ganz zu schweigen davon, was bei einer angespannten Sicherheitslage passieren kann. Auch wenn es verständlich und richtig ist, dass die europäischen Regierungen ein Dauerengagement ihrer Truppen im Kongo verhindern möchten, müsste sich die

Ausstiegsstrategie auf verschiedene Szenarien einrichten und dabei an den Sachnotwendigkeiten und nicht an einem – primär aus Gründen der innenpolitischen Akzeptanz festgelegten – fixen Enddatum orientieren. Hier sollten die Verantwortlichen bei der nun beginnenden konkreten Einsatzplanung nochmals nachbessern.

- 
- 1 Vgl. Ingo Kolboom: Gemeinsame Öffnung auf Afrika? Deutsche und französische Afrikapolitik. In: *Dokumente*, 1/2004, S. 49–59.
  - 2 Vgl. Michael Meimeth: La France et l'avenir de la sécurité européenne après la fin de la guerre froide. Une perception allemande. In: *Annuaire français des relations internationales*, 1/2000, S. 357.
  - 3 Vgl. Judy Dempsey: Merkel under Fire over Congo Mission. In: *International Herald Tribune*, 20.3.2006.
  - 4 Vgl. Severin Weiland / Carsten Volkery: Skepsis gegenüber Kongo-Einsatz wächst. In: *Spiegel-Online*, 7.3.2006.
  - 5 Vgl. „Kongo-Einsatz. Köhler wirbt, Bundeswehr schimpft.“ In: *stern.de*, 25.3.2006.
  - 6 Vgl. Albrecht Conze: Reich – und hilflos. Die andauernde Ausplünderung des Kongos. In: *Internationale Politik*, 4/2006, S. 44.
  - 7 Dies wird unter anderem daran deutlich, dass die EU mit Aldo Ajello seit 1996 über einen Sonderbeauftragten für diese Region verfügt.
  - 8 EU Council Secretariat: Background – Vorgesehene EU Unterstützung für MONUC während des Wahlprozesses in der Demokratischen Republik Kongo. Brüssel April 2006, S. 2.
  - 9 Im Einzelnen sind dies: Belgien, die Tschechische Republik, Dänemark, Frankreich, Irland, Polen, Spanien, Schweden und Großbritannien.
  - 10 Die Zahlenangabe variiert je nach Einbeziehung der Planungs- und Logistikeinheiten sowie Nachschubverbände und „Reserveeinheiten“.
  - 11 Vgl. Giovanni Grevi / Cov Lynch / Antonio Missiroli: ESDP Operations. Institute for Security Studies ([www.iss-eu.org/occasion/occ51.html](http://www.iss-eu.org/occasion/occ51.html)); Fernanda Faria: Crisis Management in Sub-Saharan Africa. The Role of the European Union. Institute for Security Studies, Occasional Paper Nr. 51, April 2004, S. 40.
  - 12 Vgl. Denis M. Tull: Stabilisierungsstrategien in „Failing States“. Das Beispiel Nord-Kivu (DR Kongo). SWP-Studie, Berlin 2005, S. 11.
  - 13 Zu Auftrag und Umfang von EUPOL Kinshasa vgl. Council Joint Action 2004/847/CFSP vom 9.12.2004.
  - 14 Zu Auftrag und Umfang von EUSEC-DRC vgl. Council Joint Action 2005/355/CFSP vom 2.5.2005.
  - 15 Vgl. EU Council Secretariat: Background, a.a.O.
  - 16 Vgl. Dennis M. Tull: Die Demokratische Republik Kongo vor den Wahlen. Chancen und Risiken für den Friedensprozess. SWP-Aktuell, 12/2006, S. 1.
  - 17 Vgl. Dominic Johnson: Auf tönernen Füßen. Die Wahlen im Kongo sind noch lange kein Garant für Frieden. In: *Internationale Politik*, 4/2006, S. 52.
  - 18 Vgl. Tull (2006), a.a.O., S. 1.
  - 19 Vgl. Council of the European Union: Press Release: 2719th Council Meeting, General Affairs and External Relations. Brüssel 20.3.2006.
  - 20 Zum Konzept der Battle-Groups vgl. Jan Joel Anderson: Armed and Ready? The EU Battlegroup Concept and the Nordic Battlegroup. SIEPS Report Nr. 2, Stockholm März 2002; Karl-Heinz Kamp: Europäische „Battle Groups“ – ein Schub für die ESVP? Analysen und Argumente der Konrad-Adenauer-Stiftung, 15/2004.
  - 21 Vgl. „Jung fordert mehr EU-Solidarität für Kongo-Einsatz“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.3.2006.
  - 22 Zitiert nach: „Selbstbewusst“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.5.2006.
  - 23 Peter Kleinort: Kongo-Einsatz birgt unkalkulierbare Risiken. In: *Financial Times Deutschland*, 16.3.2006.
  - 24 Vgl. hierzu auch die Resolution 1671 (2006) des UN Sicherheitsrates, die neben der Unterstützung der MONUC-Mission und dem Schutz von Personen, die sich in drohender Gefahr von physischer Gewalt befinden, sowie der Schutzfunktion für die Eufor-Truppen selbst, explizit auch die Sicherung des Flughafens von Kinshasa und mögliche Evakuierungsmaßnahmen in das Mandat der Mission „Eufor RD Congo“ einbezieht.